



## Stellungnahme der SPD-Fraktion Geislingen zum Haushaltsplanentwurf 2019 und zum Finanzplan 2020 bis 2022 der Stadt Geislingen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Pawlak, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, liebe Ortschaftsrätin und -räte, liebe Bürger\*innen,

„Wenn oiner a stoinigs Äckerle hoat ond an stompfa Pfluag ond a grantigs Weib dahoim, no hoat`r z`kratza gnuag“.

Dieses Zitat aus einem alten schwäbischen Lied fällt einem ein, wenn man sich den Inhalt der Haushaltsrede von OB Frank Dehmer zu Gemüte führt. Er vergleicht die Aufgaben in der Kommune mit verschiedenen Feldern und Äcker, die bestellt werden müssen.

Zuerst geht er jedoch auf eine wichtige Aufgabe der Kommunalpolitik ein, die Transparenz der kommunalen Entscheidungsfindung und stellt die Frage wie wir die Öffentlichkeit bei politischen Entscheidungen besser mitnehmen können. Ich denke bei allen wichtigen Entscheidungen ist eine Einbeziehung und rechtzeitige Information von betroffenen Bürger\*innen notwendig. Wenn wir das nicht machen, holt uns das immer wieder ein – wie wir es beim Wohnungsprojekt in der Konrad-Adenauer-Straße jetzt wieder miterleben. Dazu aber später noch mehr.

Wie wir die „Sozialen“ Medien einbeziehen könnten ist eine spannende Frage. Vielleicht wäre eine Diskussionsplattform zu wichtigen ausgewählten Fragen sinnvoll und möglich. Und es ist klar, wir müssen jedes Jahr Entscheidungen treffen, die nicht von allen gutgeheißen werden. Und diese Entscheidungen darf auch jeder kritisieren, solange er unsere Argumentation auch sieht und in der Diskussion nicht beleidigend wird.

Wir sollten uns an die – am 28.02.2018 beschlossenen - **„Leitlinien für die Bürgerbeteiligung“** halten. „Die Leitlinien zeigen den Nutzen von informeller Bürgerbeteiligung für Geislingen auf. Aktive informelle Bürgerbeteiligung (BB) wird in Geislingen angewandt, weil durch eine höhere Transparenz der Informationen und städtischen Handlungsabläufe Entscheidungen besser nachvollziehbar werden, durch das Einbringen von verschiedenen Sichtweisen Handlungsalternativen aufgezeigt werden und die Akzeptanz von Entscheidungen erhöht wird.“ Dies gilt für alle Bereiche der Stadtpolitik.

**Transparenz und Klarheit** spielt aber auch im Verhältnis Stadtverwaltung und Gemeinderat eine große Rolle. Wir haben in Sitzungen manchmal widersprüchliche Aussagen der Stadtverwaltung erlebt, ohne dass diese von der Stadtverwaltung selbst klargestellt wurden. Alternative Beschlussvorschläge ohne Priorisierung hinterlassen den Eindruck, die Stadtverwaltung wisse nicht in welche Richtung es gehen soll.

Dass die Bürger\*innen engagiert sind, zeigt auch die Mobilisierung gegen die fremdenfeindlichen Anschläge Mitte dieses Jahres durch das Bündnis „Geislingen ist und bleibt bunt“. 450 Menschen kamen zu einer kurzfristig einberufenen Kundgebung in die Fußgängerzone. Diese Aktion zeigt auch den Vorteil der Vernetzung und der Zusammenarbeit über Partei- und andere Grenzen hinweg. Bedanken möchte ich mich hier bei allen Bürger\*innenn, die die Aktion unterstützt und mit vorbereitet haben. Ausdrücklich möchte ich mich bei OB Frank Dehmer für seinen Redebeitrag bedanken. Gemeinsam demonstrierten wir gegen den Hass, gegen Rassismus und für ein gemeinsames friedliches Zusammenleben in Geislingen - ein gutes Zeichen.

An dieser Stelle gilt unser Dank allen engagierten Bürger\*innen, die sich für ihre Mitmenschen und für die Stadt an vielen Stellen und in vielen Vereinen und Initiativen engagieren.

Zuerst muss ich noch ein Lob los werden: Der Haushalt 2019, der zweite im DOPPIK-Modus, ist diesmal durch Notizen und Zusatzbemerkungen viel besser zu „händeln“, als der letztes Jahr.

Das Feld, das jedes Jahr beackert werden muss, die **Finanzen**, stellt sich z.Z. gar nicht als so steinig heraus. Aufgrund der höheren Einwohnerzahl und der guten Wirtschaftlage steigt, trotz niedriger Schlüsselzahl, der tatsächliche Anteil an der Einkommenssteuer von etwas über 10 Mio. in 2015 auf 13,5 Mio 2019. Die Schlüsselzuweisung hat sich in den letzten 6 Jahren verdoppelt – von 12 auf 24 Mio. Die Gewerbesteuer wird zumindest gleich wie 2018 angenommen. Allerdings ist sie immer noch deutlich unterdurchschnittlich – wenn man sie mit vergleichbaren Städten vergleicht. Die befristete Erhöhung der Grundsteuern bringt zusätzlich Einnahmen. Deutlich wird die doch etwas entspannte Situation, wenn man die liquiden Mittel vergleicht. Hatten wir 2015 für 2018 nur 2,8 Mio. Rücklagen prognostiziert, sind sie erstaunlicherweise bis Anfang 2018 auf 16 Mio. gestiegen. Rechnet man jetzt die weniger gestiegene Kreisumlage und das voraussichtlich gute Ergebnis von 2018 hinzu, können wir die ganze Sache doch etwas entspannter betrachten.

Aber: Der „deutlich negative Saldo“ bei den **Investitionen** – Stichworte sind hier Schulen, Erweiterung Kita-Angebot, barrierefreier Bahnhof, Mehrzweckhalle Aufhausen, Mensa Tegelbergschule, Alter Zoll, Michelberggymnasium - hat eine deutliche Reduzierung der liquiden Mittel zur Folge. Zumal z.B. der Rückfluss der Mittel durch die Verweigerungshaltung der Umlandgemeinden beim Migy wahrscheinlich noch Jahre auf sich warten lässt. Der kompletten Aufzehrung der Rücklagen muss, so Bernd Pawlak, entgegengesteuert werden. Wie soll das geschehen? Wie immer mit dem Geislinger Dreischritt: Schieben – Strecken – und nach Zuschüssen Ausschau halten. Deshalb trifft der erhöhte Vorwegabzug durch die Landesregierung gerade eine finanzschwache Stadt wie Geislingen erheblich. Uns entgehen durch die Politik der Landesregierung in diesem Jahr rund 650.000 €.

Wir werden mehr und wir werden jünger in unserer Heimatstadt. Das ist eine positive Nachricht und stellt uns gleichzeitig vor neue Herausforderungen. Bei der Planung der **Kindertagesstätten** müssen wir nun komplett umdenken. Wir hatten schon geplant, die Kindertagesstätte Friedenstraße im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der Kita St. Elisabeth zu schließen, mussten aber dieses Jahr erkennen, dass wir dort auch weiterhin zwei Gruppen brauchen. Hinzu kommt der Waldkindergarten im Längental. In Türkheim sind in der dortigen Kita Erweiterungsmaßnahmen im Gange Aber es gibt noch eine lange Warteliste in der Oberen Stadt.

Wir haben uns im Gemeinderat dazu entschieden kurzfristig eine **provisorische Lösung für zwei Gruppen entweder im Stadtpark oder am Stadtbad** zu erstellen. Langfristig soll dann unterhalb der Hochschule ein neuer viergruppiger Kindergarten entstehen. Im Januar müssen wir über den Standort und die Bauweise des Provisoriums entscheiden und wissen dann genauer, wie viel wir in den Haushalt einstellen müssen.

Wir kündigen aber jetzt schon an, dass wir einer erneuten Erhöhung der **Kindertagesstättengebühren** nicht zustimmen werden. Der Besuch der Kindertagesstätten gehört zum staatlichen/öffentlichen Bildungsangebot - wie Schulen auch. Bildung muss kostenlos sein. Deshalb werden wir nicht Qualitätsentwicklung gegen Gebührenfreiheit ausspielen. Die Gebühren müssen deshalb Zug um Zug abgeschafft werden. Das ist vor allem Aufgabe des Bundes und der Bundesländer. Es gibt schon Städte und Bundesländer, die diese Gebühren abgeschafft haben. Geislingen kann dies auf Grund seiner Finanzsituation nicht aus eigener Kraft stemmen. Deshalb hoffen wir, dass das Gute-Kita-Gesetz bald in Kraft tritt und es keine Zeitverzögerung wie beim Digitalpakt gibt.

In den „sozialen“ Medien trat vor kurzem der Vorwurf auf, wir würden zu wenig für **Kinder** tun. Davon abgesehen, dass man immer mehr tun könnte, muss sich Geislingen nicht hinter anderen vergleichbaren Städten verstecken. Dabei sind die Herausforderungen in Geislingen groß.

Im VA im November stellte Suzanne Chemnitzer vom Kreisjugendamt „ausgewählte Befunde für die Stadt Geislingen“ zum Bereich Kinder- und Jugendliche vor. Diese Daten könnten Grundlage eines Sozialberichtes sein, den wir nun schon 2 Jahre beantragt haben. In Kenntnis der enormen Aufgaben im „Tagesgeschäft“ des Fachbereichs 5, war uns einleuchtend, dass es vordringlichere Aufgaben gab. Allerdings erfordert der massive Zuzug und damit einhergehende Anstiege der Bevölkerungszahl, vor allem auch die steigende Zahl der Kinder- und Jugendlichen eine Aktualisierung des alten **Sozialberichts**. Dies ist als Grundlage unserer Entscheidungen in fast allen Bereichen wichtig. Wir haben jetzt die Hoffnung, dass es wenigstens zwei Seiten im sogenannten Nachhaltigkeitsbericht dazu geben wird.

In Zukunft wird es verstärkt um kostenlose Familienbildungsangebote und präventive Angebote an den Schulen und in der Jugendarbeit gehen müssen. Je früher Angebote greifen, umso besser. Der Trend geht zu frühen Hilfen und Kindersozialarbeit. Auch deshalb ist ein ausreichendes und kostenloses Angebot an Kita-Plätzen notwendig. Richtig liegen wir mit der in 2019 anvisierten Eröffnung des **K 19** für Kinder von 6 – 12 Jahren in der oberen Stadt. Wir begrüßen, dass die Stadtverwaltung die Chance ergriffen hat das Angebot von Agapedia und Jürgen Klinsmann anzunehmen und gemeinsam ein Konzept für die Kindersozialarbeit und die Trägerschaft in der oberen Stadt zu entwickeln. Wir stimmen der Finanzierung des Stellenanteils mit jährlich 100.000 € ausdrücklich zu. Wie die Berichte des Kreisjugendamtes und die Rückmeldungen unserer hauptamtlichen Jugendsozialarbeiter\*innen u. – pädagogen\*innen zeigen, ist die obere Stadt unterversorgt, also die Investition ins **K 19** die richtige Entscheidung.

Die **Schulen** sind der Acker mit den größten Gesteinsbrocken. Hier geht es um anstehende Sanierungsaufgaben, Vollendung des Migys (eingeplant in 2019 u. 2020 sind 2 Mio €), Ganztageskonzept mit der neuen Mensa an der GMS (abzüglich der Zuschüsse kostet sie die Stadt 1.324.000 €), Anpassung der Schulräume an veränderte Bedingungen und neue Lehrpläne, an die Erstellung von Medienentwicklungsplänen durch die Schulen und deren Umsetzung durch die Stadt, neue SchulsozialarbeiterInnenstellen. Der Aufwand wird so groß sein, dass die Umsetzung der Vorhaben ohne eine Priorisierung in einem Schulentwicklungsplan nicht zielführend ist. Dabei wird auch zu klären sein, wie und ob sich die Schulen aus ihrem Budget, z.B. bei der Schaffung von neuen Stellen für Schulsozialarbeit, beteiligen können oder wollen.

Zur **Sanierung des MiGy** werden wir heute nicht in die Tiefe gehen. Wir warten noch auf die Beantwortung unseres Fragenkatalogs und auf die Vorschläge der Verwaltung welche Möglichkeiten es gibt, die Probleme weiter in den Griff zu bekommen. Wir sind gerade bei diesem Thema immer noch der Meinung volle Transparenz gegenüber der Bürgerschaft. Beratungen zu den Gerichtsverfahren ausgenommen.

In der **Pestalozzischule** kann der obere Stock, inkl. des Computerraums, aus Brandschutzgründen im Moment nicht genutzt werden. Wir begrüßen es deshalb, dass die Beseitigung dieses Zustands schnell in den Haushaltsplanentwurf mit aufgenommen wurde und im Rahmen dessen auch die Beseitigung der PCP-Belastung mit angegangen wird (500 000 €). In der ersten Änderungsliste kommen noch 100 000 € für eine Fluchttreppe hinzu. Fraglich ist auch, ob der im Haushalt enthaltene Ansatz für die Sanierung ausreicht. Auch hier ist Transparenz gefragt. Diese Sanierung kann auf jeden Fall nicht während des laufenden Betriebs gemacht werden. Welche Überlegungen stellt das Stadtbauamt in diesem Zusammenhang gerade an? Werden dabei die notwendigen Überlegungen im Rahmen der Medienentwicklung gleich mitberücksichtigt?

Darüber hinaus sind für die **Stadtbadhalle** 25 000 € für Maßnahmen gegen die teils überhöhten PCP-Werte eingestellt. Auch hier die Frage, ob die angesetzten Mittel reichen? Wir bitten um Berichte zu den geplanten Sanierungen in den zwei Objekten und die Prüfung des Haushaltsansatzes!

Allein die größeren **Instandsetzungen in 2019** machen 2.457.000 € aus. Mittelfristig stehen insgesamt 4.500.000 € ab 2019 auf der Agenda. Dabei sind die Kosten für die Digitalisierung anhand von Medienentwicklungsplänen noch gar nicht eingepreist.

Die Stadt ist auf das Geld des Bundes für die Digitalisierung vor allem an Schulen angewiesen. Es ist mehr als ärgerlich, dass es zwischen Bund und Ländern keine Einigung mehr in diesem Jahr gibt. Das Geld kann damit nicht ab 01.01.2019 in die Kommunen fließen. Unser Ministerpräsident hat sich in den letzten Wochen als Totalverweigerer der Grundgesetzänderung präsentiert. Es wäre jetzt nur redlich, das Geld, das nun auch wegen seiner Verweigerung nicht bei uns ankommt, über den Landeshaushalt zu finanzieren. Es darf nicht sein, dass am Ende unsere Kinder vom Fortschritt ausgeschlossen werden, weil es ein Kompetenzgerangel gibt.

Ein anderer „Acker“ ist der **Wohnungsbau** und da wir uns nicht unbegrenzt ausdehnen können, sind hier die Felder sehr rar. Wir sind gerade dabei Brachland in blühende Felder umzubauen. Ein Baugebiet in Aufhausen ist noch möglich, eventuell gibt es auch in Weiler einige Flächen. Deshalb müssen im Focus des Wohnungsbaus bestehende innerstädtische Flächen stehen. Eine dieser Flächen ist die Bebauung der Bruckwiesen durch unsere Tochter GSW, die nächstes Jahr beginnen soll. Hier sollen in einer angemessenen verdichteten Bauweise ca. 90 neue Mietwohnungen entstehen.

Eine weitere – lange brachliegende Fläche – ist das Gelände westlich der Konrad-Adenauer-Straße. Eigentlich eine ideale Fläche für eine innerstädtische Verdichtung – allerdings mit einigen Haken. Hier liegt der Bebauungsplan aus. Die Einwendungen der anliegenden Bürger\*innen werden wir im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens aufgreifen. Auch in unserer Fraktion stößt die 8 m hohe und ca. 200 m breite Lärmschutzwand auf erheblichen Widerstand. Hier müssen Alternativlösungen in Absprache mit der Bahn gefunden werden. Je näher die Lärmschutzwand an der Lärmquelle ist, umso niedriger muss ihre Höhe sein. Direkt am Gleis, dort wo der Lärm entsteht, wurden **niedrige Schallschutzwände** getestet. Damit wurden „Pegelminderungen“ bis zu 6 Dezibel erzielt. Wir beantragen die Prüfung, ob das auf dem Gelände möglich und sinnvoll wäre?

Ein weiterer Aspekt ist die Aktivierung des leerstehenden Wohnraums. In wie weit ist es für die Stadt möglich diesen Bestand darzustellen? Unter dem Arbeitstitel „Raumteiler“ wurden hier schon die ersten Ansätze besprochen. Welchen Aufwand würde die Erstellung eines eigenen Geislinger Mietspiegels bedeuten?

Der ruhende und fahrende **Verkehr** ist enorm und nimmt von Jahr zu Jahr zu. Neben dem Parkdruck an manchen Stellen in der Stadt, ist Lärm ein zunehmendes Problem. In beiden Punkten haben wir gehandelt. Vor ungefähr 1 Jahr erstellte die Stadt einen Lärmschutzplan, der Tempo 30 im Stadtgebiet auf allen Bundesstraßen ab 22 Uhr beinhaltet. Tempo 30 reduziert den Lärm sehr stark. Der Antrag hing jetzt lange im Regierungspräsidium fest. Wir hoffen, dass er nach einem entsprechenden Gerichtsurteil demnächst von den Bremsern im RP freigegeben wird. Die Beauftragung der Untersuchung eines Parkraumbewirtschaftungskonzepts mit intelligentem Parkraummanagement beschlossen wir auf der letzten VA-Sitzung. Eine Entlastung könnte der geplante Kreisverkehr bei der Unterführung zur Weilerstraße bringen – auch das ist eine Verbesserung.

Nachher steht das Thema „Flüster“asphalt auf der Tagesordnung. Dazu an dieser Stelle nur so viel: Die Vorteile Unterdrückung des Verkehrslärms und eine stärkere Griffigkeit werden durch die doppelt so teure Lösung, kürzere Lebensdauer, höhere Kosten im Unterhalt und aufwändigeren Reparaturen und Winterdienst ins Gegenteil verkehrt. Von Bedeutung in diesem Zusammenhang ist auch, ob das für die Baulasträger kostspieligere Verfahren umsetzbar ist und in welchem Zeitraum das realisiert werden kann.

Ein für die PKW-unabhängige Mobilität „historische Entscheidung“ mit der der „Geburtsfehler des **VVS**“ endlich korrigiert werden kann, steht am 1. Februar auf der Agenda des Kreistages.

Dass die **Vollintegration in den Verkehrsverbund Stuttgart** beschlossen wird, ist eine große Hoffnung unserer Fraktion. Die Preise im Verbund gerade auch im Raum Oberes Filstal werden dadurch deutlich billiger, bei bestimmten Strecken um fast die Hälfte. Die Tarife werden „radikal vereinfacht“: Anstatt der bisher mehr als 100 Tarifzonen im Filmlandverbund, wird der Landkreis Göppingen in vier VVS-Tarifzonen unterteilt. Von den Vergünstigungen und Vereinfachungen profitierten vor allem unsere Bewohner in den Stadtbezirken. Genau dort wo wir als Stadt noch Entwicklungsmöglichkeiten haben. Ein Ticket gilt für Bus und Bahn. Hinzu kommt ab nächstem Jahr ein neuer verbesserter Nahverkehrsplan mit zusätzlichen Linien auch in Geislingen. Es wird aber nicht nur für Bürger\*innen aus dem Kreis besser, sondern auch für Pendler und Tagestouristen, die dann ein einheitliches Tagesticket nutzen können. Die Nutzung des Nahverkehrs durch Studenten der Hochschule ist von 5 % vor 10 Jahren auf 40 % 2017 gestiegen. Darüber hinaus kommt die Stärkung des Nahverkehrs auch dem Klimaschutz zu gute. Ja es stimmt, die Vollintegration stellt uns auch vor finanzielle Herausforderungen. Wer allerdings meint, wir würden Geld sparen, wenn wir einfach nichts machen, denkt zu kurz. Wenn wir weiter im Verkehrsschatten bleiben während andere Regionen um uns herum enorm aufrüsten, sollte in ein paar Jahren nicht jammern, wenn Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft bei uns zurück gehen. Deshalb raus aus der „Steinzeit“, in die Zukunft mit der Vollintegration.

Ab nächstem Jahr soll dann auch das Teilstück des **Fernradweges** zwischen Geislingen und Amstetten begonnen werden. Zwar kann aus „wasserschutzrechtlichen“ Gründen nicht die – vor allem für den Bund – günstigere Variante unterhalb der B 10 geschaffen werden, sondern die „unattraktivere“ aber teurere Variante auf gleicher Höhe mit der B 10. Dadurch wird das Ganze auch für uns etwas teurer. Wir begrüßen auch die Einstellung von Mittel für die Fortführung des Radwegs auf der ehemaligen Tälesbahntrasse, leider nicht bis zum Bahnhof. Hier fehlt uns noch die Aussage der Bahn – kommt sie oder kommt sie nicht – ob sie für den Metropolexpress ein drittes Gleis braucht. Fraktionsübergreifend sind wir uns einig, dass die **Verlängerung des MEX bis Amstetten** die bessere Lösung wäre.

Weiterhin warten wir auf die Einlösung unserer Vereinbarung mit der Bahn über die Umgestaltung des **Bahnhofs zur Barrierefreiheit**. Wer kann sich noch erinnern? 2019 wollte die Bahn eigentlich beginnen. Aber vielleicht schafft sie wenigsten 2020.

Seit langem fordern wir und auch andere Fraktionen die Schaffung von guten **Radabstellplätzen** für Räder am Geislinger Bahnhof (Fahrradgaragen). Jetzt gibt es ein Programm des Bundesumweltministeriums (BMU) in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn im Rahmen der Nationalen **Klimaschutzinitiative**. Damit sollen bis 2022 bundesweit 100.000 neue Fahrradstellplätze an Bahnhöfen entstehen (Bike+Ride-Offensive). Der Auf- und Ausbau von Radabstellanlagen an Bahnhöfen soll für Kommunen erleichtert werden. Wir fordern die Stadtverwaltung auf, zu prüfen, ob das für uns eine Möglichkeit ist die Benutzung der Bahn mit dem Fahrrad zu erleichtern.

In der Schlosshalde und dem Katzenloch gibt es Gerüchte, dass der **Steg von der Bühlwiesenstraße zum Bahnhof** abgebaut werden soll, weil die Sanierung zu teuer sei. Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur heißt aber auch Verbesserungen für Fußgänger. Ein klassischer Fall für Bürgerbeteiligung. Der Steg wird gebraucht und genutzt. Dies gilt für die Bewohner\*innen der Schlosshalde ebenso wie für Wanderer, die mit dem Zug in Geislingen ankommen und auf den Helfenstein wollen, als auch für die vielen Pendler, die mit dem Auto hinter dem Bahnhof parken und den Zug zur Arbeit benutzen.

Letzten Donnerstagmorgen wollte ich mich dem Kapitel **Kreiskliniken** widmen und mit dem Lob beginnen, dass der Landkreis zum Konzept der Alb-Fils-Kliniken an zwei Standorten mit dem Neubau der Klinik am Eichert steht. Doch beim Aufschlagen der GZ verschluckte ich mich fast an meiner Brezel angesichts der verbalen „Giftpfeile“, die die CDU-Kreisräte Till und Gerber in Richtung „Oberamt“ Geislingen und die Helfensteinklinik abschossen. Die Helfensteinklinik ist ein wichtiger Bestandteil der wohnortnahen medizinischen Versorgung für Geislingen und das Umland bis in die Kreise Ulm und Heideheim. Sie ist keine „heilige Geislinger Kuh“ wie vom

Kommentator Dirk Hülser beschrieben. Sie ist gerade als Portal zu den Alb-Fils Kliniken auch ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor. Auch sie ist allemal eine höhere Kreisumlage wert und darf nicht durch Populismus aus dem unteren Filstal beschädigt werden. Die Äußerungen müssen uns allerdings nicht wirklich beunruhigen, der OB aus Göppingen ist in seiner Kreistagsfraktion isoliert und er fand auch in der Vergangenheit nie eine Mehrheit für seine Vorschläge im Kreistag. Herr Till ist kreispolitisch ein König ohne Land.

Ein Acker der bearbeitet werden muss, ist die **Versorgung** der Oberen Stadt mit Lebensmitteln. Der neue Bioladen auf dem Wilhelmsplatz ist dafür nur bedingt eine Alternative. Wir wissen, dass sich die Stadtverwaltung in vielen Gesprächen mit Anbietern – auch aus anderen Sektoren – besprochen hat. Für Altstadt gilt ähnliches. Wir hätten gerne einen Bericht darüber. Leider ist, um im Bild zu bleiben, unser Pflug hier besonders stumpf. Um die Attraktivität der Fuzo zu steigern, sollten wir jede Idee untersuchen. Wir beantragen die Überprüfung, welcher Aufwand notwendig wäre, die Verbindung Glockenspiel und Wasserspeier(Forellenbrunnen), so wie die sogenannten Schwengelbrunnen zu reaktivieren.

In der letzten Woche ging uns ein Brief von Bewohnern, Geschäftsleuten und Hausbesitzern aus der oberen Stadt zu. Tenor: In den letzten Jahren hätten sich das Wohnumfeld sowie die Bewohnerstruktur in der Altstadt negativ entwickelt. Die Missstände würden sich auf zwei Gebäude konzentrieren, die teilweise überbelegt bzw. - so der Vorwurf - zweckentfremdet benutzt werden. Um dies zu ändern machen sie bestimmte Vorschläge. Wir beantragen einen Bericht der Stadtverwaltung über die Missstände und die anschließende Diskussion darüber, wie die Missstände behoben werden können. Welche Handhabe hat das Ordnungsamt? Wie sehen die Pflichten der Vermieter aus? Usw.

Nachdem der **Breitbandausbau** in der Stadt und den Stadtbezirken - zumindest durch die Verlegung von Leerrohren – vorwärts kommt, letzte Woche bekam Stötten noch einen Förderbescheid, fehlt noch ein Anbieter für einige Stadtbezirke. Neulich fand eine Veranstaltung mit Landkreis und Telekom statt, auf der die Telekom ein 1,1 Milliarden Projekt in BW vorstellte. Bei der Veranstaltung nahm von unserer Fraktion Stadtrat Zajontz teil. Wir möchten wissen, auf welchem Niveau der Breitbandausbaus in Geislingen bereits ist, wo es noch Löcher gibt und ob die Initiative der Telekom eine Chance ist? Schon immer sind wir als SPD-Fraktion der Meinung, dass der Breitbandausbau ein Thema der öffentlichen Daseinsfürsorge ist, so wie sich auch OB Dehmer im GZ-Interview zu seiner Halbzeitbilanz äußerte.

Durch großes persönliches Engagement der Bürger\*innen der **Stadtbezirke** und durch das Engagement der Stadt entwickeln sich die Stadtbezirke zu ihrem Vorteil. Die lange geforderte Sanierung der Winterreutestraße in Stötten ist fertig. In Aufhausen wird noch dieses Jahr mit dem Bau der Mehrzweckhalle begonnen. Selbst in der Breitbandversorgung gibt es Fortschritte. Es ist wohl allen klar, dass nicht alle gleichzeitig eine neue Ortsmitte, Dorfplatz usw. erhalten können, auch wenn es dafür ELR-Mittel gibt. Deshalb ist hier eine Priorisierung unter Berücksichtigung aller anderen Vorhaben notwendig. Wir begrüßen, dass im Finanzplan 2020 für den behindertengerechten Umbau des Gemeinschaftshauses 100 000 € eingestellt sind. Das sind auf jeden Fall gute Signale. Wir lassen die Stadtbezirke nicht hängen.

Jetzt ist es Zeit uns bei Museumsdirektor und Stadtarchivar Hartmut Gruber, der im nächsten Jahr altersbedingt ausscheidet, zu bedanken. Insbesondere seine Unterstützung bei der Verwaltung des eingelagerten SPD-Archivs, der Unterstützung und Beratung bei der Ausstellung 125 Jahre SPD Geislingen, seine historischen Arbeiten im Rahmen des Kunst- und Geschichtsvereins, aber auch bei anderen Projekten wie dem Kulturherbst hat Herr Gruber sichtbare Spuren hinterlassen. Im Namen unserer Fraktion wünschen wir ihm einen guten, gesunden und langen Ruhestand.

Was fehlte uns heute? Uns fehlen das Lachen und die Fröhlichkeit von Iris Hummitsch, die letzte Woche unerwartet verstorben ist. In vielen Jahren hat sie uns Gemeinderäte begleitet und

betreut. Es fehlen heute auch die Weihnachtsmänner aus Schokolade, die jeder Fraktionsvorsitzende für die pünktliche Abgabe seiner Rede von ihr erhielt. Wir werden immer an sie denken.

Ich bedanke mich im Namen der SPD Fraktion bei allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung für ihre gute Arbeit das ganze Jahr über, bei meinen Gemeinderatskolleginnen und –kollegen für die gute Zusammenarbeit trotz oft auch unterschiedlicher Meinungen, bei den Fachbereichsleitern und bei Oberbürgermeister Frank Dehmer für die gute Zusammenarbeit in einem durchaus schwierigen Jahr. Bei Bernd Pawlak und seinem Team bedanken wir uns für die Aufstellung des diesjährigen Haushalts.

Am 10.01.2019 findet der diesjährige Neujahrsempfang der SPD Geislingen mit OB Jürgen Zieger aus Esslingen statt, zu dem Sie alle herzlich eingeladen sind. In diesem Sinne ein schönes aber auch besinnliches Weihnachten und einen guten Rutsch ins Jahr 2019.

Thomas Reiff, SPD-Fraktionsvorsitzender